

Für zwei Drittel Österreich nicht altersfit

Vertrauen in Politik und Institutionen sinkt

von Charles Steiner

Die Lebenserwartung der Bevölkerung steigt immer mehr, bis 2030 werden 23 Prozent der österreichischen Bevölkerung über 65 Jahre alt sein. Im Gegenzug sinkt aber das Vertrauen, ob die Politik und die Institutionen auf die immer älter werdende Gesellschaft überhaupt vorbereitet ist. Die Ergebnisse aus der heute präsentierten Studie "Herausforderung Alter, Politik und Institutionen" des Bauträgers für betreubare Wohneinheiten, Silver Living, sind jedenfalls ernüchternd. Aus der von Peter Filzmaier durchgeführte Studie geht nämlich hervor, dass das Vertrauen in die Lösungskompetenz der Politik mehrheitlich nicht vorhanden ist: Zwar haben knapp 50 Prozent auf jeden Fall oder zumindest eher Vertrauen, dass die Politik gute Lösungen in den Bereichen Gesundheit oder Sicherheit findet. Dieser Wert sinkt beim finanziellen Auskommen aber auf 30 Prozent. Zu wenig informiere sich die Politik und zu wenig kümmere sie sich ausreichend um das Thema, das glaubten 52 Prozent eher nicht und 20 Prozent auf gar keinen Fall. Lediglich knapp ein Viertel sieht die Politik beim Thema Alter aufgeklärt. Defizite werden vor allem im Bereich der Pensionssicherung bzw. einer generellen Pensionsreform geortet (22 Prozent spontane Nennungen), bei Heim- und Pflegeplätzen bzw. alternativen Wohnangeboten für ältere Menschen (elf Prozent) und bei der Information (zehn Prozent). Zwei Drittel der Befragten konstatieren, dass Österreich auf die Zukunft schlecht vorbereitet ist. Weswegen 56 Prozent der nicht pensionierten Befragten eine schlechtere Lebenssituation im Alter befürchtet.

Dennoch bringt die demografische Entwicklung Herausforderungen - besonders beim Wohnen. Walter Eichinger, Geschäftsführer von Silver Living, sieht dringenden Handlungsbedarf: "Derzeit gibt es einen Bedarf von 70.000 Betreuten Wohnungen, dem gegenüber ein Angebot von 13.600 Wohnungen steht. Bis 2028 werden aber rund 100.000 Einheiten benötigt werden. Bei einem durchschnittlichen Investitionsvolumen von 157.000 Euro pro Wohnung bedeutet dies bis 2028 einen Investitionsbedarf von rund 14 Milliarden Euro."